

Kinder und Jugendliche in Kriegs- und (Post-)Konfliktregionen

Katrin Eisenbeiß & Henning Korte

Handbuchartikel im Rahmen des Seminars „Friedenspädagogik in Konflikt- und Kriegsregionen“ an der Universität Tübingen, WS 2009/2010, Dozent: Uli Jäger.

1. Einleitung

Während der demographische Wandel in den Industriestaaten die dortige Bevölkerung zunehmend altern lässt, zeichnet sich in den Ländern des Südens ein gegenteiliger Trend ab. Ein Großteil der Einwohnerzahl in den Entwicklungsländern sind Kinder und Jugendliche, also all jene Menschen, die laut UN-Definition unter der Altersgrenze von 18 Jahren liegen. Doch sind diese Länder des Südens oftmals nicht nur stark von Armut, sondern zugleich auch von Konflikten und der direkten Gewaltaustragungen in Form von Kriegen betroffen. So sind bspw. in der Konfliktregion Norduganda rund 70 % der Bevölkerung Kinder und Jugendliche, in Sierra Leone 63 % (im Jahr 2004). Des Weiteren zeichnen sich die modernen Kriege des 20. und 21. Jahrhunderts durch eine steigende Anzahl von zivilen Opfern in der Bevölkerung aus, welche nach Schätzungen der Vereinten Nationen bei 80-90 % der Todesopfer liegen. Auch hier stellt die Jugend eine besonders verwundbare Gruppe dar (Fleischhauer 2008; Kemper 2007).

Im Folgenden werden die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Kriegs- und Konfliktregionen näher beleuchtet. Außerdem wird auf ihre soziale, ökonomische und politische Perspektive, sowohl im Zeitraum der aktiven Gewaltaustragung als auch in Postkonfliktregionen, eingegangen. Im Blickfeld steht hierbei die zentrale Frage, wie diese vulnerable Gruppe durch lokale und internationale Entwicklungsprogramme gefördert werden kann, um eine nachhaltige Entwicklung der jungen Generation sowie eine nationale bzw. regionale Friedenskonsolidierung zu unterstützen.

2. Kinder und Jugendliche in (Post-) Konfliktregionen

Kinder und Jugendliche sind grundlegend, also in jedem gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kontext, als eine besonders verwundbare Gruppe anzusehen. Doch wird ihre Vulnerabilität im Kontext von direkter oder indirekter Gewaltaustragung in Kriegs- und Konfliktregionen noch um ein Vielfaches erhöht (Kurtenbach 2008).

Einerseits werden kindliche Grundbedürfnisse wie physischer und psychischer Schutz vor Gewalt, aber auch emotionale Zuwendung und soziale Verlässlichkeit in Zeiträumen der gewalttätigen Konfliktaustragung vernachlässigt. Andererseits wird die entwicklungsrelevante Infrastruktur, wie bspw. ein intaktes Bildungs- und Gesundheitssystem, oftmals militärstrategisch zerstört, um gezielt ganzen Gesellschaftsgruppen die Entwicklungsperspektive zu nehmen. Diese Formen der indirekten Gewalt, gepaart mit psychischen Belastungsprozessen – bspw. eine langzeitige Traumatisierung – können in Kombination mit einer aus der Not und Gewalt bedingten Verschiebung des Rollenverständnisses in der Gesellschaft (bspw. Kinder als Familienversorger oder Mädchen als Kindersoldaten) zu Identitätsproblemen der Kinder und Jugendlichen führen. Diese Gruppe verliert in Zeiten der Konfliktaustragung die grundlegende Orientierung, da ein Mangel an politischer Bildung besteht, innerstaatliche Stabilität nicht mehr gewährleistet ist und soziale Bindungen zerstört werden (Fleischhauer 2008; Kemper 2007).

Hinzu kommen psychische und physische Belastungen durch direkte und indirekte Folgen des Kriegs. So befanden sich bspw. im Jahr 2000 rund 20 Mio. Kinder weltweit auf der Flucht, womit sie den währenddessen verstärkt auftretenden Krankheiten sowie weiterführender direkter und indirekter Gewalt in den Flüchtlingsströmen ausgesetzt sind und erneut soziale Bindungen, bspw. durch Familientrennungen, verlieren (Terre des Hommes 2010).

Letztendlich setzt sich die erhöhte Verwundbarkeit von Kindern und Jugendlichen in Kriegs- und (Post-) Konfliktregionen aus vielfältigen Aspekten der fehlenden Sicherheit zusammen. „Fehlende Sicherheit ist ein Hauptproblem für die Entwicklung von Krieg betroffener Kinder. Sicherheit schließt den Schutz vor physischer und psychischer Bedrohung ebenso ein wie die Befriedigung von Grundbedürfnissen, die das Überleben sichert. Sie meint aber auch psychosoziale, d.h. Beziehungssicherheit zwischen Kindern und vertrauten, sie beschützenden Personen.“ (Fleischhauer 2008, S. 48)

Ohne diese Sicherheit haben Kinder und Jugendliche kaum eine Möglichkeit, sich selbst eine nachhaltige Entwicklungsperspektive im ökonomischen, politischen und sozialen Rahmen aufzubauen. Die dauerhafte Armut in wechselseitiger Kombination mit einem in der Gesellschaft verhafteten, erhöhten Gewaltniveau durch jahre- oder jahrzehntelange direkte Gewaltaustragung und -erfahrung verstärkt das innerstaatliche Konfliktpotenzial. So wird auch in Postkonfliktregionen ein erneuter Gewaltausbruch in Form von Bürgerkriegen, aber auch der Anschluss von Jugendlichen in gewalttätigen Banden und lokalen Milizen begünstigt (Kurtenbach 2008; Kemper 2007).

Nach Schätzungen von Terre des Hommes befinden sich derzeit rund 250.000 Kinder und Jugendliche als Kindersoldaten im Krieg. Die Rekrutierung basiert einerseits auf Freiwilligkeit und wird dabei durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit (bspw. 2004 in Subsahara-Afrika 26,6 %), die geringe schulische und politische Bildung sowie den Identitätsverlust der Jugend begünstigt. Andererseits aber auch in Form von Zwangsrekrutierungen unter hohem Einsatz direkter Gewalt durchgeführt. Als Kindersoldaten nimmt die junge Bevölkerung zudem eine besondere Doppelrolle ein: zum einen erfahren sie indirekte (bspw. Drogen- und Alkoholmissbrauch, Familientrennung, etc.) und direkte Gewalt (Körperverstümmelung, Vergewaltigung, Mord, etc.) als Opfer, zum anderen werden sie selbst Täter der Gewalt, indem sie sich aktiv am Bürgerkrieg und Völkermord beteiligen (Kurtenbach 2008; Kemper 2007; Steudtner 2000; Terre des Hommes 2010).

Ein weiterer Gefahrenaspekt für Kinder in Konfliktregionen ist die steigende Verarmung der Bevölkerung. So rutschen einkommensschwache Familien oft in die Extremarmut, wodurch das Potenzial für Kinderhandel und Kinderarbeit steigt. Herkunftsländer der betroffenen Kindern liegen zu großen Teilen in den Konflikt- und Kriegsregionen Afrikas, Lateinamerikas sowie zu Teilen in Osteuropa, dem Nahen Osten und Asien. Doch auch innerhalb der Konfliktgebiete kommt es zum Binnenhandel von Kindern, u.a. auch zur Rekrutierung von Soldaten oder zur Kinderarbeit (Terre des Hommes 2010). Was Kinderarbeit gesondert betrachtet betrifft, stellt Afrika den Kontinent mit den höchsten Raten von Kinderarbeit dar. Diese nimmt in Konfliktregionen durch die steigende Armut der Bevölkerung, durch den Ausfall von Arbeitskräften in der Familie aufgrund von Krankheiten, Verletzungen und Tod sowie durch die bereits genannte Rollenverschiebung innerhalb der Gesellschaft zu. So arbeiten laut Schätzungen der International Labour Organization (ILO) weltweit rund 200 Mio. Kinder – in der Regel im informellen und illegalen Sektor (bspw. Drogenschmuggel, Prostitution, etc.). Außerdem wird Kinderarbeit zur Finanzierung von bewaffneten Konflikte eingesetzt, bspw. beim Abbau von Rohstoffen (Kemper 2007; Weltbank 2007; ILO 2010).

Die Gesellschaften der Konfliktstaaten bzw. -regionen, insbesondere die jungen Bevölkerungsteile, befinden sich in einer entwicklungshemmenden Konfliktfalle. Doch wie kann die junge Generation insofern von externer Seite aus gefördert und unterstützt werden, dass sie aktiv zur langfristigen Friedenskonsolidierung beitragen kann? „Alle UN-Organisationen sind sich einig, dass Jugendliche, die jüngeren wie älteren, die selbstbewusst engagierten und die gebrochenen, die männlichen und die weiblichen, einer besonderen Förderung bedürfen, um ein gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft zu werden und langfristig soziale,

ökonomische und politische Verantwortung übernehmen zu können.“ (Fleischhauer 2008, S. 33, nach Kotowski-Ziss 1999, S.11)

3. Jugendförderung zur Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung

Die drei genannten Aspekte der gesellschaftlichen und persönlichen Verantwortung – auf sozialer, ökonomischer und politischer Ebene – sollen nun in Hinsicht auf ihre Fördermöglichkeiten bei Kindern und Jugendlichen näher betrachtet werden.

Die soziale Ebene

Die internationale Konfliktforschung ergab, dass in Staaten, in denen ein einmal erreichtes Niveau von Affektkontrolle und Rechtssicherheit unterschritten wurde, Gewaltpotenziale innerhalb der Bevölkerung durch die gegebene Instabilität und die Zerstörung von sozialen Normen während des Kriegs auch in Postkonfliktregionen leichter und schneller freigesetzt werden, als vor der offenen Konfliktaustragung. So weisen Postkonfliktgesellschaften ein erhöhtes häusliches Gewalt- und Kriminalitätsniveau auf, in welche Kinder und Jugendliche sowohl passiv als auch aktiv einbezogen sind (Tetzlaff / Jakobeit 2005).

Um das Niveau der Gewaltbereitschaft langfristig zu senken, müssen orientierungsgebende soziale und kulturelle Normen wiederhergestellt werden. Zentrale Punkte hierfür sind soziale Bindungen, sowohl in Form von familiären Strukturen, als auch sozialen Kinder- und Jugendnetzwerken, bspw. innerhalb von Bildungsprogrammen. Daher sollte bei postkonfliktären Friedensarbeiten (sofern möglich) stets eine Familienzusammenführung erfolgen, sowie die gesellschaftliche Kohäsion gefördert werden. Bspw. muss eine individuell angepasste Reintegration von ehemaligen Kindersoldaten in die Gesellschaft stattfinden, indem ihnen alternative Normen und Strukturen zum Militär gegeben werden (Kemper 2005; Steudtner 2000).

Ein langfristiges und oftmals unterschätztes Risiko für Postkonflikt-Gesellschaften stellt zudem die Traumatisierung von großen Bevölkerungsgruppen oder – wie im Beispielsfall der Kindern und Jugendlichen – ganzer Generationen dar. Um die direkten und indirekten Gewalterfahrungen und die damit verbundenen psychosozialen Belastungsprozesse bewältigen zu können, muss die Reintegration stets von psycho-therapeutischer Arbeit begleitet werden (Steudtner 2000).

Die ökonomische Ebene

Laut des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tragen Erfolge von Jugendprogrammen im Bereich der Armutsbekämpfung in ausgeprägtem Maße zur langfristigen Gewaltprävention bei, da die Human Security, also die nachhaltige Sicherung des Lebensunterhalts auf der Mikroebene, unterstützt wird. Hierfür setzt das BMZ auf das entwicklungspolitische Instrument der beruflichen Bildung, welches den Jugendlichen ein elternunabhängiges Einkommen ermöglicht. Des Weiteren sollten Jugendliche bei Mikrokreditprogrammen berücksichtigt und nicht aufgrund ihrer fehlenden Finanzsicherheiten völlig ausgeschlossen werden (Drotbohm 2005; Fleischhauer 2008; Kemper 2007).

Um die Armutsbekämpfung unter Jugendlichen nachhaltig zu gestalten, sollte im Idealfall eine enge Kooperation mit der lokalen Wirtschaft, den Gemeinden und der Familie erfolgen, um die Jugend in die lokale Gesellschaft einzubinden und so der Landflucht und dem Verlust von Humanressourcen (Brain Drain) entgegenzuwirken. Gerade die junge Generation ist bei hoher Jugendarbeitslosigkeit, fehlender ökonomischer Perspektive und politischer Unzufriedenheit bereit und mobil genug, das Risiko der Migration für die Aussicht auf Arbeit und einen besseren Lebensstandard in Kauf zu nehmen (Fleischhauer 2008; Kemper 2007; Weltbank 2007).

Die politische Ebene

Auf der einen Seite machen Kinder und Jugendliche einen großen Anteil der Bevölkerung in Konfliktstaaten bzw. -regionen aus (vgl. Einleitung), auf der anderen Seite sind sie jedoch aufgrund ihres fehlenden Wahlrechts bei politischen Entscheidungsprozessen stark unterrepräsentiert. Doch weil gerade diese Bevölkerungsgruppe den Frieden und die Entwicklung der Gesellschaft in der Zukunft gewährleisten soll, muss sie in ihren Möglichkeiten zur politischen Partizipation gefördert werden. Daher sind neben der medizinisch-therapeutischen Hilfe und der ökonomischen Unterstützung auch zivilpolitische Interventionen notwendig, um die Menschen im Umfeld der Kinder, sowie deren soziale Beziehungen zu unterstützen und die Jugend am Prozess der Friedenskonsolidierung teilhaben zu lassen (Fleischhauer 2008; Kemper 2007).

Den ersten Schritt macht die politische Bildung, denn ohne diese und ohne konstruktive, politische Überzeugungen in Verbindung mit der hohen Verwundbarkeit von Kindern und Jugendlichen ist die junge Generation stets Zielgruppe der Instrumentalisierung für politische und militärische Zwecke. Um der Gefahr der Remilitarisierung von Auseinandersetzungen zu

begegnen und das gesellschaftliche und individuelle Gewaltpotenzial nach Beendigung einer Konfliktaustragung zu senken, muss die Jugend ein Mitspracherecht auf politischer Ebene erhalten (Fleischhauer 2008; Kemper 2005).

Dieses politische Empowerment kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Zum einen kann die junge Generation durch partizipative Bestimmung von Schwerpunkten der ganzheitlichen Hilfe ihre zielgruppenspezifischen Interessen bereits in die Planung von Programmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit einbringen. Hierbei sollte stets eine Kooperation mit lokalen Organisationen erfolgen, da diese den historischen und sozialen Kontext der regionalen Konflikte und Jugend besser verstehen als externe Personen. Zu den politischen Projekten können neben Bildungsprogrammen (bspw. über den Rundfunk) u.a. Diskussionsplattformen für Jugend und Politik zählen, Jugendvertreter und -räte oder spezielle Wahlhelfer. Auf diese Weise wird der jungen Bevölkerung nicht nur das Themenfeld der Politik näher gebracht, sondern sie kann aktiv an Entscheidungsprozessen teilnehmen und ihre Entwicklungschancen beeinflussen. Erfolgt statt dieser politischen Partizipation eine Bevormundung durch Staat, Erwachsene und internationale Institutionen, erfahren die Jugendlichen nach Beendigung der direkten Gewaltaustragung erneut eine Form der Macht- und Hilflosigkeit und damit der indirekten Gewalt, womit ihr Gewaltpotenzial erhöht und neue Konflikte reproduziert werden (Fleischhauer 2008; Kemper 2007).

4. Schlussfolgerung

Die Jugend stellt in jeder Gesellschaft eine verwundbare und daher besonders zu schützende Bevölkerungsgruppe dar. Da der auf den Menschenrechten basierende Schutz in Konflikt- und oftmals auch in Postkonfliktregionen nicht gewährleistet ist, müssen Kinder und Jugendliche in besonderer Weise in ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung unterstützt und gefördert werden. Dabei muss seitens lokaler und internationaler Organisationen mehr Wert auf die individuelle Anpassung der Programme gelegt werden, um die individuellen Bedürfnisse und Interessen der einzelnen, sich je nach Entwicklungsstand, Kultur, Gewalterfahrung, Rollenverständnis und Integrationsstand stark unterscheidenden Kinder und Jugendlichen, zu berücksichtigen. So steht bspw. dieser gezielten sozio-politischen und ökonomischen Entwicklung der Gesamtjugend in vielen (Post-)Konfliktregionen das traditionelle Rollenverständnis von Mädchen und Frauen im Weg (Haushalt, Kinder und Subsistenzwirtschaft, aber keine weitergehenden ökonomischen Tätigkeiten), weshalb diese Untergruppe der Jugend einer besonderen und angepassten Förderung zum gewünschten Empowerment bedarf.

Darüber hinaus ist es jedoch nicht ausreichend, der Jugend vielfältige Entwicklungsprojekte und -programme anzubieten, solange das gesellschaftliche Umfeld die Kinder und Jugendlichen nicht im Prozess der Verantwortungsübernahme unterstützt. Daher sollte im Zuge der Programme stets eine Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft erfolgen, bspw. in Bezug auf jugendliches Mitspracherecht im politischen Kontext oder Partizipationsmöglichkeiten von Mädchen und Frauen an ökonomischen Förderprogrammen. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sollte ein kombinierter, gewaltpräventiver Ansatz aus psychisch-therapeutischer Hilfe zur Gewaltverarbeitung, sozialer (Re-)Integration in die Gesellschaft, ökonomischen Programmen zur selbstständigen Sicherung der Lebensgrundlage, Bildungsprogrammen zur schulischen und politischen Weiterentwicklung sowie das grundlegende Empowerment von Jugendlichen zur nachhaltigen Mitgestaltung ihrer Zukunft auf all diesen Ebenen sein. Nur so ist der angestrebte Prozess der nachhaltigen Friedenskonsolidierung in Konflikt- und Postkonfliktregionen umsetzbar.

5. Literatur

- Drotbohm, H. (2005): Jugend im Kampf gegen Armut. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, Bd. 46, H. 1; S. 28-29.
- Fleischhauer, J. (2008): Von Krieg betroffene Kinder. Eine vernachlässigte Dimension von Friedenskonsolidierung. Eine Untersuchung psychosozialer Intervention für Kinder während und nach bewaffneten Konflikten am Beispiel Eritreas. Universität Duisburg-Essen.
- Kemper, Y. (2007): Jugend – Verlierer im Frieden? Probleme der Integration von Jugendlichen in Nachkriegsgesellschaften. In: Imbusch, P. (Hg.) (2007): Gerechtigkeit – Demokratie – Frieden. Eindämmung oder Eskalation von Gewalt? AFK-Schriftenreihe, Bd. 33, S. 229-249. Baden-Baden.
- Tetzlaff, R./ Jakobeit, C. (2005): Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Wiesbaden.
- Weltbank (2007): Weltentwicklungsbericht 2007: Entwicklung und die nächste Generation. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Düsseldorf.

6. Verwendete Internetquellen

- Kemper, Y. (2005): Youth in War-to-Peace Transitions. Approaches of International Organizations.

<http://www.berghof-conflictresearch.org/de/publications/berghof-reports - die-soziale-eingliederung-von-kindersoldaten-konzepte-und-erfahrungen-aus-m> (Zugriff am 29.04.2010)

- Kurtenbach, S. (2008): Youth Violence in Post-War Societies. Conceptual Considerations on Continuity and Change of Violence. In: Project Working Paper No. 1. Social and Political Fractures after Wars: Youth Violence in Cambodia and Guatemala. Universität Duisburg – Essen. Institute for Development and Peace.
http://www.postwar-violence.de/files/wp1_concept_postwar_youth_violence.pdf (Zugriff am 29.04.2010)
- Steudtner, P. (2000): Die soziale Eingliederung von Kindersoldaten. Konzepte und Erfahrungen aus Mosambik. In: Berghof Report Nr. 6. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung. Berlin.
<http://www.berghof-conflictresearch.org/de/publications/berghof-reports - die-soziale-eingliederung-von-kindersoldaten-konzepte-und-erfahrungen-aus-m> (Zugriff am 29.04.2010)
- http://www.ilo.org/global/Themes/Child_Labour/lang--en/index.htm (Zugriff am 29.04.2010); International Labour Organization 2010: Child Labour.
- <http://www.kindernothilfe.de/Rubriken/Themen/Kindersoldaten.html> (Zugriff am 29.04.2010); Kindernothilfe 2010: Kindersoldaten.
- <http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinderhandel/index.htm> (Zugriff am 29.04.2010); Terre des Hommes 2010: Kinderhandel.
- http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/index.htm (Zugriff am 29.04.2010); Terre des Hommes 2010: Kinder und Krieg.